



Kulturausschuss

19. Sitzung (öffentlich)

27. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 16:45 Uhr

Vorsitz: Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU)

Stenografin: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Abriss der Mercatorhalle Duisburg

1

Auf Wunsch der CDU-Fraktion nimmt Minister Dr. Vesper Stellung.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfeverordnung - BVO)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2800

Vorlagen 13/1602, 13/1631, 13/1597, 13/1598, 13/1584

nur kulturelevante Haushaltspositionen

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2802

Vorlage 13/1630

nur § 24 (Denkmalpflege)
§ 25 (Museumsbauten)
§ 29 (Landestheater)

Dazu:

1. Ergänzung der Landesregierung zu den Gesetzentwürfen

Drucksache 13/3150

Abstimmung über Änderungsanträge und Beschlussfassung

5

Die einzelnen Anträge und Abstimmungsergebnisse sind der Anlage zu entnehmen.

Bei der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 14 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses - mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP angenommen.

3 Stopp der Vernachlässigung: Erhalt der Schriftkultur Nordrhein-Westfalens

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2493

- Zuziehung von Sachverständigen nach § 31 der Geschäftsordnung

7

Der Ausschuss führt ein Sachverständigengespräch durch.

Angehört wurden:

Institution/Verband	Sachverständige/r	Zuschrift
Kulturwissenschaftliches Institut, Essen	Prof. Dr. Jörn Rüsen	-
Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf	Prof. Dr. Kurt Düwell	13/2359
Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek, Jena	Dr. Sabine Wefers	13/2342
Rheinische Landesbibliothek, Koblenz	Dr. Ernst-Ludwig Berz	13/2348
Deutsche Bibliothek, Frankfurt	Ute Schwens	-
Universitäts- und Landesbibliothek, Bonn	Dr. Renate Vogt	13/2357
Universitäts- und Landesbibliothek, Münster	Dr. Roswitha Poll	13/2357
Universitäts- und Landesbibliothek, Düsseldorf	Dr. Irmgard Siebert	13/2357

Kulturausschuss
19. Sitzung (öffentlich)

27.11.2002
bar-jo

Wenn sich im Übrigen eine Stadt wie Duisburg mit einer überwältigenden Mehrheit im Rat dafür ausspreche und kein Bürgerbegehren zustande komme, um diese Entscheidung zu korrigieren, dann sei der Denkmalschutz nicht in der Lage, solche Entscheidungen zu korrigieren. Dafür fehlten die Möglichkeiten. Deshalb werde ja auch ein frühzeitiges Moderationsverfahren vorgeschlagen.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfeverordnung - BVO)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2800

Vorlagen 13/1602, 13/1631, 13/1597, 13/1598, 13/1584

nur kulturelevante Haushaltspositionen

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2802

Vorlage 13/1630

nur § 24 (Denkmalpflege)
§ 25 (Museumsbauten)
§ 29 (Landestheater)

Dazu:

1. Ergänzung der Landesregierung zu den Gesetzentwürfen

Drucksache 13/3150

Abstimmung über Änderungsanträge und Beschlussfassung

Minister Dr. Vesper teilt mit, die von der Landesregierung zum Haushalt 2003 eingebrachte Zweite Ergänzungsvorlage sei notwendig geworden, weil die Steuerschätzung Mitte November erneut gravierende Einbrüche bei den Steuereinnahmen des kommenden Jahres vorhergesagt habe, nämlich in einem Umfang von knapp 2 Milliarden €. Davon entfielen auf die Kommunen in NRW knapp 500 Millionen € und auf das Land knapp 1,5 Milliarden €. Um

diese Mittel zu erwirtschaften, habe diese Ergänzungsvorlage eingebracht werden müssen, die im Übrigen auch Steuerbeschlüsse der Bundesregierung vom 20. November einbeziehe.

Zum Kulturbereich: Bei der Landesarchivverwaltung seien drei zusätzliche Stellen eingerichtet worden, und zwar Präsident/Präsidentin, ein Leitender Staatsarchivdirektor und ein Staatsarchivdirektor. Hinzu kämen zusätzliche Sachmittel in Höhe von 50.000 €. Einzige weitere Änderung sei die Reduzierung des Landeszuschusses für die Förderung der Stiftung Insel Hombroich um 40.000 €. Von der Globalen Minderausgabe entfalle auf den Einzelplan 14 ein Betrag von 21,9 Millionen €. Wie er dieses Geld erbringe, könne er naturgemäß zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Damit beschäftige er sich nach Verabschiedung des Haushalts. Dann suche er nach Einsparmöglichkeiten. Bei der Gemeindefinanzierung gebe es 1,5 Millionen € weniger für den Museumsbau. Bei der Denkmalpflege ändere sich nichts. Im Bereich Sonderbedarfe für die Kulturarbeit der Landschaftsverbände sei eine Reduzierung um 50 % vorgenommen worden.

Richard Blömer (CDU) fragt nach, wie sich die 1,5 Millionen € weniger für Museumsbauten und die Reduzierung um 50 % beim Sonderbedarf der Landschaftsverbände im Einzelnen auswirkten. - Der **Minister** antwortet, was den Sonderbedarf bei den Landschaftsverbänden angehe, müsse man die Landschaftsverbände selbst nach den Auswirkungen fragen. Diese Mittel steckten die Landschaftsverbände ja in die Unterhaltung ihrer Museen. Was die Auswirkungen beim Museumsbau angehe, müssten mit Sicherheit Maßnahmen gestreckt werden. Das Museumsbauprogramm, das im Jahr 2000 im Kabinett beschlossen worden sei, müsse eventuell auch um eine Maßnahme reduziert werden. Dabei handele es sich dann wahrscheinlich um eine Maßnahme im Rheinland.

Michael Solf (CDU) erkundigt sich, an welche Museumsbaumaßnahme im Rheinland der Minister denke. - **Richard Blömer (CDU)** vertritt die Auffassung, dass den Betroffenen, wenn der Minister einen konkreten Museumsneubau ins Auge gefasst habe, das sehr schnell mitzuteilen sei, damit sie gegebenenfalls ihre Konsequenzen aus dieser Entscheidung der Landesregierung ziehen könnten.

Minister Dr. Vesper versichert, er habe diese Äußerung nur vorsorglich gemacht. Die Reduzierung könne entweder durch eine Streckung aller Maßnahmen nach hinten aufgefangen werden. Es könne aber auch sein, dass man eine Maßnahme nicht beginnen könne. Das wisse er naturgemäß zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Er werde sich bemühen, darauf zu verzichten. Er habe das Rheinland genannt, weil es im Museumsbau in den letzten Jahren im Rheinland ein klares Übergewicht gegeben habe. Wenn eine Reduzierung notwendig werde, werde er sich deshalb bemühen, diese Reduzierung bei einer kleineren Maßnahme im Rheinland vorzunehmen.

Die einzelnen **Anträge** und **Abstimmungsergebnisse** sind der Anlage zu entnehmen. Das **Ergebnis der Gesamtabstimmung** zu Einzelplan 14 ist im Beschlussprotokoll aufgeführt.

Zu dem mündlich gestellten Antrag der SPD (Antrag Nr. 16 in der Anlage) führt **MD Kral (MSWKS)** aus, Hintergrund sei eine Bemerkung des Landesrechnungshofs. Der Landesrech-

nungshof habe gesagt, das Land fördere die Kultur Ruhr GmbH als Einrichtung insgesamt und nicht bezogen auf ein einzelnes Projekt, weshalb in die Erläuterungen aufzunehmen sei, dass es sich um eine institutionelle Förderung handele. Die beiden Klammerzusätze dienten der Klarstellung. Das Ministerium stimme dem Landesrechnungshof in dieser Hinsicht zu.

Brigitte Capune-Kitka (FDP) kritisiert, dass die Kultur Ruhr GmbH aber gleichzeitig ein immer größerer aufgeblähter Betrieb werde. Sie werde diesem Antrag zustimmen, spreche sich aber dafür aus, die Kultur Ruhr GmbH in Zukunft einmal genau zu überprüfen.

Der **Minister** macht deutlich, durch diese begriffliche Klarstellung steige der Förderbetrag ja nicht an. Es ändere sich nichts. Diese Klarstellung entspreche der Realität.

3 Stopp der Vernachlässigung: Erhalt der Schriftkultur Nordrhein-Westfalens

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2493

- Zuziehung von Sachverständigen nach § 31 der Geschäftsordnung

Prof. Dr. Jörn Rüsen (Kulturwissenschaftliches Institut, Essen) trägt vor:

Ich fühle mich sehr geehrt, vom Landtag als Sachverständiger eingeladen worden zu sein. Ich habe mir vorgestellt, Ihnen heute zu sagen, wie Sie entscheiden sollen. Schließlich soll man auf die Stimme der Wissenschaft ja hören. Dann habe ich aber das Problem studiert und die Erfahrung gemacht, die jeder macht. Niemand, meine Damen und Herren, kann Ihnen nämlich diese Entscheidung abnehmen, weil das in einem Rahmen geschieht, der wirklich durch keinerlei objektive Einsichten reduziert werden kann, sodass wir im Namen unserer Kompetenz sagen: Macht das so oder macht das nicht so. Ich verstehe meine Rolle als Kulturwissenschaftler - ich bin Historiker und Philosoph, ich bin nicht befasst mit Bibliothekswesen, ich bin kein Fachmann für die Art Schriftgut, um die es hier geht - so, dass ich Ihnen nur einmal darlege, wo hier das Problem liegt, um Ihnen dadurch die Entscheidung so schwer wie möglich zu machen.

Die Überlieferung der schriftlichen Kultur - das steht so im Gesetz - speist sich aus tiefreichenden historischen Wurzeln. Die Anfänge liegen in der Paulskirche 1848, wo zum ersten Mal eine Nationalbibliothek aufgebaut wurde. Die ging dann ans Nürnberger Reichsmuseum. 1913 wurde in Leipzig die Deutsche Bibliothek gegründet. Der Nationalstaat Deutschland sammelt seine Schriftkultur als wesentliches Element nationaler Kultur. Schriftkultur bedeutet natürlich bedeutende kulturwissenschaftliche Produktionen, Literatur. Damals war Schrift noch etwas sozusagen in sich Kulturelles. Dass es dann später zu einer Explosion von Schriftlichkeit kam und es Groschenheftchen gibt, die in gewaltigen Auflagen entstanden, war ja alles nicht vorhersehbar. Entscheidend war, dass es so etwas wie ein nationales Gedächtnis geben sollte. Das gesammelte Schriftgut sollte das Archiv des nationalen Gedächtnisses sein.

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 14
im Kulturausschuss
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1937

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																
1	CDU	<p>Kapitel 14 610 Bibliothekswesen Titelgruppe 60 Zur Förderung des Bibliothekswesens Titel 633 60 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2002</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>von</td> <td>1.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1.280.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>2.280.000 Euro</td> </tr> <tr> <td></td> <td>2.755.900 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Die kommunalen Bibliotheken bilden einen zentralen Bestandteil der Bildung junger Menschen und auch Erwachsener. Durch die Reduzierung des Ansatzes wird das falsche Signal gesetzt. Außerdem steht das Projekt Sondersammelgut in Gefahr. NRW verlore seine regional bedeutsame Schriftkultur.</p>	von	1.000.000 Euro	um	1.280.000 Euro	auf	2.280.000 Euro		2.755.900 Euro	<p>abgelehnt</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	FDP	ja	GRÜNE	nein
von	1.000.000 Euro																		
um	1.280.000 Euro																		
auf	2.280.000 Euro																		
	2.755.900 Euro																		
SPD	nein																		
CDU	ja																		
FDP	ja																		
GRÜNE	nein																		

Anlage zu Vorlage 13/1937

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	CDU	<p>Kapitel 14 620 Titelgruppe 60 Titel 633 60</p> <p>Kulturförderung Musikpflege und Musikerziehung Zuweisungen an die Gemeinden (GV) für Orchester, Musikschulen und Musikfeste</p> <p>Ansatz lt. HH 2002</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 4.125.000 Euro um 675.000 Euro auf 4.800.000 Euro</p> <p>Begründung: Die Beschneidung der Förderung von Orchestern würde Personalabbau oder Einschränkung der Programmgestaltung bedeuten und damit eine Verarmung kulturellen Lebens.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1937

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	CDU	<p>Kapitel 14 620 Titelgruppe 60 Titel 685 60</p> <p>Kulturförderung Musikpflege und Musikerziehung Zuschüsse an sonstige Träger für Orchester, Musikschulen und Musikpflege</p> <p>Ansatz lt. HH 2002</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 9.941.800 Euro um 1.518.200 Euro auf 11.460.000 Euro</p> <p>Begründung: Die Förderung der Laienmusik darf nicht um 90% gekürzt werden mit Verweis auf die Oddsetmittel, die ohnehin bereits für 2002 zur Verfügung stehen müssten. Der Landeshaushalt weist auch keinerlei Garantien für 2004 aus. Ebensowenig ist es sinnvoll, die Mittel für Personalkostenzuschüsse und institutionelle Förderung bei den Orchestern zu kürzen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1937

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	SPD/ BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 14 620 Titelgruppe 60 Titel 685 60</p> <p>Kulturförderung Musikpflege und Musikerziehung Zuschüsse an sonstige Träger für Orchester, Musikschulen und Musikpflege</p> <p>Ansatz lt. HH 2002</p> <p><u>Erhöhung des Ansatzes</u></p> <p>von 9.941.800 Euro um 100.000 Euro auf 10.041.800 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> 100.000 Euro für Orchester (Ziffer 1 der Erl.) für Betriebskosten</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein FDP nein GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1937

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	CDU	<p>Kapitel 14 620 Titelgruppe 61 Titel 685 61</p> <p>Kulturförderung Filmförderung Zuschüsse zur Förderung des Films in Nordrhein-Westfalen</p> <p>Ansatz lt. HH 2002</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 271.900 Euro um 142.100 Euro auf 414.000 Euro</p> <p>Begründung: Diese Mittel kommen vor allem den Filmwerkstätten / Filmhäusern in Bielefeld, Münster, Düsseldorf, Köln und Essen zu. Die Filmwerkstätten haben dafür gesorgt, dass auch die ländlichen Gegenden in die Filmförderung integriert werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1937

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 14 620 Kulturförderung Titelgruppe 61 Filmförderung Titel 685 61 Zuschüsse zur Förderung des Films in NRW</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2002</p> <p><u>Erhöhung des Ansatzes</u></p> <p>von 271.900 Euro um 70.000 Euro auf 341.900 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Projektförderung bei Filmwerkstätten (Ziffer 1 der Erl.) sowie zur Förderung des Dokumentarfilms (Ziffer 3 der Erl.)</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein FDP nein GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1937

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis														
7	CDU	<p>Kapitel 14 620 Kulturförderung Titelgruppe 62 Theaterförderung Titel 633 62 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2002</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>von</td> <td>14.300.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>2.895.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>17.195.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Förderung für die kommunalen Theater bewegt sich bereits jetzt an der Grenze des Zumutbaren. Weitere Kürzungen würden den Betrieb erheblich einschränken. Dazu kommt ein erheblicher Sanierungsstau.</p>	von	14.300.000 Euro	um	2.895.000 Euro	auf	17.195.000 Euro	<p>abgelehnt</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	FDP	ja	GRÜNE	nein
von	14.300.000 Euro																
um	2.895.000 Euro																
auf	17.195.000 Euro																
SPD	nein																
CDU	ja																
FDP	ja																
GRÜNE	nein																

Anlage zu Vorlage 13/1937

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	CDU	<p>Kapitel 14 620 Titelgruppe 62 Titel 685 62</p> <p>Kulturförderung Theaterförderung Zuschüsse für das rheinisch-westfälische Theaterwesen</p> <p>Ansatz lt. HH 2002</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 4.500.000 Euro um 500.000 Euro auf 5.000.000 Euro</p> <p>4.500.000 Euro 5.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Die Förderung für die freien Theater beträgt 4.100.000 und läßt den Freien Theatern keinen Spielraum. Da sie keine Rücklagen bilden können, ergibt sich eine überaus schwierige Situation.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1937

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis									
10 + 11	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 14 620 Kulturförderung Titelgruppe 70 Förderung von Zwecken der bildenden Kunst Titel 681 70 Auslandsstipendien für Künstler/Künstlerinnen und für Aufenthalte ausländischer Künstler/Künstlerinnen in NRW sowie Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2002</p> <p><u>Erhöhung des Ansatzes</u></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 30%;">von</td> <td style="width: 30%; text-align: right;">- Euro</td> <td style="width: 40%;"></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">45.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">45.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">45.000 Euro</td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Für Auslandsstipendien vorgesehen</p>	von	- Euro		um	45.000 Euro		auf	45.000 Euro	45.000 Euro	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja</p>
von	- Euro											
um	45.000 Euro											
auf	45.000 Euro	45.000 Euro										

Anlage zu Vorlage 13/1937

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11 + 10	CDU	<p>Kapitel 14 620 Kulturförderung Titelgruppe 70 Förderung von Zwecken der bildenden Kunst Titel 681 70 Auslandsstipendien für Künstler/Künstlerinnen</p> <p>Ansatz lt. HH 2002</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 0 Euro um 45.000 Euro auf 45.000 Euro</p> <p>Begründung: Die komplette Streichung von Auslandsstipendien verbaut Nachwuchskünstlern die Möglichkeit, Erfahrungen im Ausland zu sammeln, die sich in der Regel sehr positiv auf die Kreativität von Künstlern auswirken.</p>	<p>s. 10 einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1937

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 14 620 Kulturförderung Titelgruppe 80 Förderung literarischer Zwecke Titel 685 80 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2002</p> <p><u>Erhöhung des Ansatzes</u></p> <p>von 441.500 Euro um 80.000 Euro auf 521.500 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> 50.000 € zur Künstlerförderung im Literaturbereich (Förderung literarischer Veröffentlichungen und Ankäufe wertvoller literarischer Sammelobjekte (Ziff. 7 der Erl.) 30.000 € zur Förderung der Literaturbüros (Ziffer 4 der Erl), Ausgleich von erheblichen Einschnitten bei Personalkostenzuschüssen).</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1937

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13	CDU	<p>Kapitel 14 620 Titelgruppe 90 Titel 685 90</p> <p>Kulturförderung Allgemeine Kulturförderung und internationaler Kulturaustausch Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Ansatz lt. HH 2002</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 800.000 Euro um 1.000.000 Euro auf 1.820.000 Euro</p> <p>Begründung: Der europäische Kulturaustausch darf nicht unter den Sparzwängen leiden. Europa darf nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht zusammenwachsen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1937

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 14 620 Kulturförderung Titelgruppe 90 Allgemeine Kulturförderung und internationaler Kulturaustausch Titel 685 90 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland Ansatz lt. HH 2002</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 800.000 Euro um 290.000 Euro auf 1.090.000 Euro</p> <p>Begründung: Zur Förderung allgemeiner, herausragender Projekte, insbesondere für den Bereich des internationalen Kulturaustauschs und des Multimediabereichs</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein FDP Enthaltung GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1937

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
15	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 14 620 Titelgruppe 97 Titel 685 97</p> <p>Kulturförderung Regionale Kulturförderung Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Ansatz lt. HH 2002</p> <p><u>Erhöhung des Ansatzes/der VE</u></p> <p>von 2.840.000 Euro um 800.000 Euro auf 3.640.000 Euro</p> <p>5.172.600 Euro</p> <p>Begründung: Regionale Kulturpolitik soll auch künftig Gestaltungsschwerpunkt der NRW Kulturpolitik sein.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1937

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
16	SPD (mündlich gestellt)	<p>Kapitel 14 620 Titelgruppe 97 Kulturförderung Regionale Kulturförderung</p> <p>Änderung der Erläuterungen (Änderung im Fettdruck): Erläuterungen Zu Titelgruppe 97: „Mit den hier veranschlagten Mitteln sollen Maßnahmen und Einrichtungen der regionalen Kulturförderung unterstützt sowie neue Maßnahmen und Einrichtungen ermöglicht werden. Dies gilt insbesondere für den Aufbau eines regionalen Kulturmanagements und die Umsetzung der regionalen Kulturkonzepte. Dabei sollen sowohl das Herausragende wie auch die kulturelle Grundversorgung gestärkt und fortentwickelt werden (Projektförderung). Darüber hinaus sind hier die Haushaltsmittel zur Förderung der Kultur Ruhr veranschlagt (Institutionelle Förderung).</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1937

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
17	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Kapitel 14 620 Titelgruppe 98 Titel 685 98 Kulturförderung Förderung der Kunst und Kultur der Frauen Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke Ansatz lt. HH 2002 <u>Erhöhung des Ansatzes/der VE</u> von 227.000 Euro um 30.000 Euro auf 257.000 Euro <u>Begründung:</u> Zur Förderung der weiteren Entwicklung der Kunst und Kultur der Frauen	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 13/1937

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
18	FDP	<p>Kapitel 14 620 Kulturförderung Neue Titelgruppe Sofortprogramm kommunale Spielstätten</p> <p>Neuer Ansatz 10.000.000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Kulturelle Ereignisse wie Theater, Konzerte und Opern finden zumeist in dafür gewidmeten Gebäuden in kommunaler Trägerschaft statt. Finanzielle Engpässe und die daraus resultierende notwendige Schwerpunktsetzung der kommunalen Haushalte zu Lasten der Kulturbetriebe haben in den letzten Jahren zur Vernachlässigung von Renovierung und Modernisierung dieser Gebäude geführt. Die Landesregierung hat in der Vergangenheit zudem viele Aufgaben des Landes auf die Kommunen abgewälzt und damit deren finanzielle Bewegungsfreiheit weiter eingeschränkt. Die Folge sind Sanierungsstaus und die drohende Schließung vieler kultureller Einrichtungen mit hohem Bildungs- und Kulturauftrag - wie beispielsweise der Wuppertaler Oper und des Bielefelder Schauspielhauses. Das Sofortprogramm soll dazu beitragen, die notwendigen Sanierungsmaßnahmen durchzuführen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enthaltung FDP ja GRÜNE nein</p>